

# Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 1.50 einschließlich des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

**Tageblatt** für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüthengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sofa, Unterstüthengrün, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pfennige.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Drucker und Verleger: Emil Hannebohn, verantwortl. Redakteur: Ernst Lindemann, beide Eibenstock.

Sernspredker Nr. 210.

Nr. 141.

60. Jahrgang.  
Sonntag, den 21. Juni

1913.

Sonntag, den 21. Juni 1913,

nachmittags 1 Uhr

sollen in **Rödels Gasthof** in **Hundshübel** 1 **Pandauer**, 1 **Harmonium** und 1 **Piano** an den Meistbietenden gegen sofortige Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Eibenstock, den 20. Juni 1913.

Der Gerichtsvollzieher des Königlichen Amtsgerichts.

## Gras-Versteigerung.

Die diesjährige Grasnutzung von den Wiesen des **Eibenstocker Staatsforstreviers** soll gegen sofortige Bezahlung und unter den vorher bekannt zu machenden Bedingungen an Ort und Stelle versteigert werden, und zwar:

Mittwoch, den 2. Juli 1913,

vormittags 8 Uhr von den Riedertbachwiesen oberhalb des Forsthauses an der Mulde.

## Gefahr ist im Verzuge.

Erster denn je laufen heute die Nachrichten vom Balkan. Wie wir gestern teils im Leitartikel, teils im Depeschenteil mitteilten, hat Bulgarien beide serbische Notizen in einem Sinne beantwortet, der den Serben natürlich nicht behagen kann. Wohl hauptsächlich aus diesem Grunde macht sich in Oesterreich-Ungarn eine tiefgehende pessimistische Stimmung geltend, die in nichts Geringerem als einem Weltkriege gipfelt; denn anders kann man die Worte des Grafen Tisza kaum deuten. Die eingelaufenen Depeschen lauten:

Budapest, 19. Juni. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses erklärte Graf Tisza über die äußere Politik unter anderem: Der jetzige Streit über die Teilung des Balkans ist eine Kriegsgefahr geworden. Er fügte hinzu, die österreichisch-ungarische Monarchie habe gegenüber der jüngsten von Russland begonnenen Aktion den Standpunkt eingenommen, daß die Balkanvölker in Wahrheit unabhängig sein müssen. Sie können sich für eine friedliche Austragung ihres Streites oder für ein Schiedsgericht wohl entscheiden, aber all dies nur aus freiem Entschlusse und in voller Unabhängigkeit. Die österreichisch-ungarische Monarchie werde unter gar keinen Umständen dulden, daß eine Lösung eintrete, welche diese volle Selbständigkeit beschränke und irgend einem Staate ein besonderes Vorrecht gebe. Die Durchsetzung dieses Standpunktes sei für Oesterreich-Ungarn eine Lebensfrage.

Wien, 19. Juni. Ein Kommentar zum Reskript des Zaren an Sazonow wird heute verlautbart. Danach hatte die Betonung der Friedensliebe des Zaren und der gemeinsamen Politik mit Deutschland und England den Zweck, von vornherein eine Isolierung des Balkankrieges, der nicht mehr für vermeidbar gehalten wird, zu bewirken und Oesterreich-Ungarn die Hände zu binden, wenn dieser Krieg, wie Russland hofft, mit dem Siege Serbiens enden würde. Zu diesem Neutralitätswillen passen allerdings schlecht, daß unterdessen Serbien von Russland mit allem möglichen Kriegsbedarf versehen wird. Bulgarien dürfte aber schwerlich in den Krieg ziehen, ohne vorher ein Eventualbündnis mit Rumänien und Oesterreich-Ungarn geschlossen zu haben. Und die Stimmung in Oesterreich-Ungarn geht heute in der Richtung, daß Oesterreich-Ungarn eine weitere Schädigung seiner Interessen auf dem Balkan nicht tadellos mit ansehen würde. Selbst die „Neue Freie Presse“ äußert sich heute in diesem Sinne.

In welcher Form Serbien selbst den Antworten Bulgariens gegenübersteht und wie auch schon das kleine Montenegro sich wieder zum Waffengange anschickt, geht aus nachstehenden Drahtberichten hervor:

Belgrad, 19. Juni. In hiesigen Regierungskreisen wird erklärt, daß die Krisis im Balkanbunde eine weitere Verschärfung erfahren habe. Die Gefahr einer kriegerischen Entwicklung sei durch die Haltung Bulgariens sehr nahe gerückt. Serbien müsse aber auf seinem Standpunkte, nämlich der Revision des Vertrages mit Bulgarien bestehen, selbst auf die Gefahr eines Krieges. Die „Tribuna“ erklärt, die serbische Regierung sei entschlossen, ob nun auf friedlichem oder auf blutigem Wege, jedenfalls

aber nur eine den serbischen Interessen entsprechende Lösung anzunehmen.

Wien, 19. Juni. Wie die „Abenrische Korrespondenz“ aus Skutari meldet, haben montenegrinische Truppen die albanesische Grenze vierzig Kilometer nördlich von Skutari überschritten und am Vernikflusse, im Gebiete der Matiforen, ein Lager aufgeschlagen. Die Matiforen sind deswegen bei Vizeadmiral Burney vorstellig geworden, der versprochen hat, die Montenegriner zum Rückzuge zu veranlassen. Das ganze Matiforengebiet ist alarmiert, um ein weiteres Vordringen der Montenegriner mit Waffengewalt zu verhindern. Wie weit die Gährung in den strittigen Gebieten schon vorgeschritten ist, davon gibt folgende, uns zugegangene Depesche Aufschluß:

Sofia, 20. Juni. Nach hier eingetroffenen Meldungen haben revolutionäre makedonische Banden einen serbischen Militärszug bei der Station Kambahilur mittels Dynamit in die Luft gesprengt. Mehrere hundert Soldaten, man spricht von 6-700, sollen getötet sein. Auf der Berliner serbischen und bulgarischen Gesandtschaft war bis jetzt über diesen Vorfall nichts Näheres bekannt.

## Tagesgeschichte.

Deutschland.

Depeschenwechsel zwischen Kaiser Wilhelm und Poincaré. Der Korrespondent des „Temps“ meldet aus Berlin, daß zwischen dem Kaiser und dem Präsidenten Poincaré gelegentlich des Kaiser-Jubiläums Telegramme ausgetauscht worden sind.

Eine Erklärung des Prinzen Ernst August. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Mit Zustimmung Seiner königlichen Hoheit des Herzogs von Cumberland und seines Herrn Sohnes geben wir die Erklärung bekannt, die Prinz Ernst August mit Genehmigung seines Herrn Vaters in einem Schreiben an den Reichskanzler vom 20. April dieses Jahres abgegeben hat. Das Schreiben lautet: „Eure Erzellenz beehrt ich mich davon in Kenntnis zu setzen, daß mein Herr Vater, Seine königliche Hoheit der Herzog von Cumberland, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, den Entschlusse gefaßt hat, in der Voraussicht der Aufhebung der Beschlüsse des Bundesrats vom 2. Juli 1885 und 28. Februar 1907 seine Rechte auf die Regierung in dem Herzogtume Braunschweig auf mich zu übertragen. Der Übernahme der Regierung in Braunschweig durch ein Mitglied unseres Hauses standen bisher die vorbezeichneten Beschlüsse des Bundesrats entgegen. Die bekannten, meine Person betreffenden jüngsten Ereignisse, insbesondere meine Verlobung mit Ihrer königlichen Hoheit der Prinzessin Viktoria Luise von Preußen, haben die den Beschlüssen des Bundesrats zugrunde liegende Sach- und Rechtslage geändert. Mit Zustimmung meines Herrn Vaters habe ich meine Anstellung als Offizier im königlich preussischen Heere nachgesucht und Seiner Majestät dem Kaiser und Könige Treue und Gehorsam eidlich gelobt. Darin liegt das Versprechen, daß ich nichts tun und nichts unterstützen werde, was darauf gerichtet ist, den derzeitigen Bestanden Preußens zu verändern. Diese Sach- und

Rechtslage wird in Verbindung mit dem Verzicht meines Herrn Vaters auf den Braunschweigischen Thron nach meiner Ueberzeugung die Aufhebung der früheren Beschlüsse des Bundesrats rechtfertigen. Ich darf mir vorbehalten, eine Verzichtserklärung meines Herrn Vaters auf den Braunschweigischen Thron seinerzeit zu überreichen. Mit vollkommener Hochachtung Eure Erzellenz ergebener (gez.) Prinz Ernst August, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg.“ — Das Blatt der Welfen, die „Deutsche Volkszeitung“, gab das Schreiben des Prinzen Ernst August von Cumberland an den Reichskanzler am Donnerstag abend ohne jeden Kommentar wieder. — Das Blatt veröffentlicht eine Mitteilung des Ausschusses der deutsch-hannoverschen Partei, worin für den 29. dieses Monats eine außerordentliche General-Versammlung einberufen wird, an welchem, um zu dem Schreiben Stellung zu nehmen.

Reichstagsstichwahl. Bei der Reichstagsstichwahl im Wahlkreise Waldeck-Pyrmont erhielten Amtsgerichtsrat Vietmeyer (Wirtschaftliche Vereinigung) 6327 Stimmen, Friedrich Raumann (fortschrittliche Volkspartei) 6593 Stimmen. Raumann ist somit gewählt.

Die Wertzuwachssteuer. Die Verhandlungen der Budgetkommission des Reichstages am Donnerstag brachten insofern eine Ueberraschung, als der Antrag der Rationalisten, mit Rücksicht auf die gestante Einführung einer allgemeinen Vermögenswachstumssteuer die schon bestehende besondere Wertzuwachssteuer aufzuheben, von der Mehrheit abgelehnt wurde. Sie begnügte sich mit der Forderung des Schatzsekretärs, daß die Härten und Unbilligkeiten dieser Sondersteuer durch eine Novelle beseitigt und zugleich dann auch die notwendige Anpassung an die neue Zuwachssteuer besorgt werden solle. Das Zentrum beantragte die Anfügung eines neuen Paragraphen 25a mit einem Kinderprivileg folgenden Wortlauts: Hat der Steuerpflichtige ein steuerbares Vermögen von weniger als 100 000 Mark, so ermäßigt sich seine Steuer um je 5 v. H. für das dritte und jedes weitere minderjährige Kind. Dieser Antrag wurde trotz wiederholter Bekämpfung durch Redner der Linken gegen 11 Stimmen der Sozialdemokraten, der Fortschrittler und bei einer Stimmhaltung eines nationalliberalen Abgeordneten angenommen. Nach Erledigung der Paragraphen 26-29 über die Wertermittlung vertagte sich die Kommission auf Freitag.

Oesterreich-Ungarn.

Der unterbliebene Glückwunsch. Im österreichischen Abgeordnetenhause erklärte im Laufe der Budgetdebatte der christlich-sozialen Abgeordnete Fauser, es würde sich genieren haben, daß zum Jubiläum des Deutschen Kaisers auch das Parlament seinen Glückwunsch ausgesprochen hätte. Kaiser Wilhelm ist der Verbündete unseres Reiches, und es wäre nur eine Anstandspflicht gewesen, daß das Parlament auch seine Glückwünsche ausgesprochen hätte. Wir hätten uns dadurch weder einer Partei noch einer Nation gegenüber etwas vergeben, sondern es wäre schön und vornehm gewesen. (Lebhafte Beifall und Hände klatschen links.)

Frankreich.

Madrid Besuch des Präsidenten Poincaré. „Journal des Debats“ teilt mit, daß der Madrid Besuch des Präsidenten Poincaré vom 1. bis 3. Oktober dieses Jahres stattfinden werde.

England.

Englischer Besuch des deutschen